

FGZ Working Paper Nr. 13 | Juli 2026

Konturen einer Zivilgesellschaft? Organisiertes Engagement in Sachsen

**Holger Backhaus-Maul
Lina Hehl
Rudolf Speth**



**Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt**

Konturen einer Zivilgesellschaft? Organisiertes Engagement in Sachsen

Holger Backhaus-Maul^a, Lina Hehl^a, Rudolf Speth^b

^a FGZ Standort Halle
^b Universität Passau

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

Empfohlene Zitierweise

Backhaus-Maul, Holger, Hehl, Lina und Rudolf Speth. 2026. *Konturen einer Zivilgesellschaft? Organisiertes Engagement in Sachsen*. FGZ Working Paper Nr. 13. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. [fgz-risc.de/wp-13](https://doi.org/10.82284/9ng8-rq73). <https://doi.org/10.82284/9ng8-rq73>

Kontakt

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- **Autor:innen:**
Dr. Holger Backhaus-Maul | FGZ Halle
holger.backhaus-maul@fgz-risc.de
Lina Hehl | FGZ Halle
lina.hehl@fgz-risc.de
PD Dr. Rudolf Speth | Universität Passau
rudolf.speth@uni-passau.de
- **Forschungskoordination:**
PD Dr. Taylan Yildiz | FGZ Geschäftsstelle Frankfurt am Main
taylan.yildiz@fgz-risc.de
- **Publikationsmanagement:**
Dr. Sarah Lempp | FGZ Geschäftsstelle Leipzig
Universität Leipzig · Nikolaistraße 6-10 · 04109 Leipzig
publikationen@fgz-risc.de · 0341 97-37760

In der FGZ Working Paper Reihe erscheinen Forschungsergebnisse aus Projekten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) als Erstveröffentlichungen auf der Webseite (fgz-risc.de/wp) sowie im Social Science Open Access Repository (SSOAR, [gesis.org/ssoar](https://www.gesis.org/ssoar)). Die Texte sind meist der erste Schritt auf dem Weg zur Veröffentlichung in einer begutachteten Fachzeitschrift oder einem Sammelband. Die Working Paper werden nach Veröffentlichung nicht mehr verändert und sind somit zitierbar. In seltenen Fällen kann es notwendig sein, dass die Vorabveröffentlichung des Manuskripts als Working Paper gelöscht werden muss, damit der endgültige Beitrag (in überarbeiteter Form) an anderer Stelle erscheinen kann. In diesen Fällen bleiben die Metadaten der Beiträge auf der FGZ Webseite und im SSOAR erhalten und werden durch einen Link oder Hinweis auf die anderweitige Veröffentlichung ergänzt.

Hinweis zu ausstehenden bibliografischen Informationen

Für die FGZ Working Paper Reihe und diese Nummer werden bibliographische Identifikationsnummern über die Deutsche Nationalbibliothek (ISSN) und das *Social Science Open Access Repository* (URN) beantragt. Sobald diese vorliegen, wird dieses Titelblatt ergänzt. Der Inhalt des Working Papers und die Seitenzahlen ändern sich dabei nicht, der Text ist in dieser Form und mit Hinweis auf die Quelle/URL (fgz-risc.de/wp-12) dauerhaft zitierfähig.



Veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0: Namensnennung-Nicht kommerziell-Keine Bearbeitungen 4.0 International. Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-NC-ND finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>.

Abstract. Das Engagement von Bürger:innen und die Organisationen des Engagements bilden den Nukleus von Konzepten einer Zivilgesellschaft. Am Beispiel des organisierten Engagements in Sachsen werden – vor dem Hintergrund von staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung in Ostdeutschland – die Handlungslogik und Handlungspraxis im organisierten Engagement untersucht. Mittels leitfadensbasierter und teilstandardisierter Interviews wurden in zwei Erhebungswellen (2020 und 2024) Expert:innen in Engagementorganisationen danach gefragt, welche Engagementvorstellungen vertreten, welche organisationalen Aufgaben und Probleme benannt und wie die politisch-administrativen Rahmenbedingungen des organisierten Engagements in Sachsen beurteilt werden. Die Expert:inneninterviews wurden inhaltsanalytisch ausgewertet. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob und inwiefern sich im organisierten Engagement in Sachsen die Konturen einer Zivilgesellschaft andeuten.

Keywords. Organisiertes Engagement, staatlicher Institutionentransfer, gesellschaftliche Institutionenbildung, Förderpolitik, Ostdeutschland, Sachsen

1 Einleitung¹

1.1 Gesellschaftliche Spannungen und Erwartungen an Zivilgesellschaft

Die öffentliche und vor allem mediale Diskussion über den Zustand der deutschen Gesellschaft und die Zukunft der liberalen repräsentativen Demokratie (Manow 2020; Schäfer/Zürn 2021) zeigt sich aufgeregt. Angesichts der schnellen Abfolge verschiedener, sich verstärkender Krisen wird die deutsche Gesellschaft medial als polarisiert oder sogar als gespalten beschrieben (Köcher 2022; Kumkar 2025).

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Unübersichtlichkeit empfiehlt sich der Blick in die einschlägige soziologische Forschung zum Zustand von Gesellschaft und Politik in Deutschland. Im Ergebnis – so Nils Kumkar und Uwe Schimank (2025) – variieren die Einschätzungen entsprechend der Positionierungen der Autor:innen. So werden etwa aus geschult politik-ökonomischer Perspektive grundsätzliche gesellschaftliche Spaltungen herausgearbeitet und mit empirischen Befunden unterlegt (Lessenich/Nullmeier 2006), während sozialstrukturell und kulturwissenschaftlich versierte Sozialwissenschaftler:innen anhand empirischer Untersuchungen „Triggerpunkte“ (Mau et al. 2023) identifizierten, an denen sich – symbolisch aufgeladen – gesellschaftliche Kulturkämpfe entzünden. Trotz dieser divergierenden Positionierungen

deutet sich eine gemeinsame soziologische Zeitdiagnose an, die tieferliegende gesellschaftliche Spannungen feststellt, „die eine soziale, politische, rechtliche und ökonomische Basis haben“ (Pollack 2025: 9) und wesentliche institutionelle Grundlagen der deutschen Gesellschaft, vom Rechts- und Sozialstaat bis zur liberalen repräsentativen Demokratie, sowie den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt (Forst 2020) als fragil und erodierend beschreiben.

Angesichts von gesellschaftlichen Spannungen wird zunehmend häufiger der Begriff der Zivilgesellschaft aufgerufen und mit der Erwartung verknüpft, dass sie der Polarisierung von Gesellschaft entgegenwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken könne (Bundeszentrale für politische Bildung 2026). Ein Kernelement des Konzepts von Zivilgesellschaft (Cohen/Arato 1994; Hutter/Priemer 2026; Strachwitz et al. 2020; Zimmer 2024) ist organisiertes Engagement, das – angesichts gesellschaftlicher Spannungen und politischer Bestrebungen zur Zersetzung der liberalen repräsentativen Demokratie – selbst zu Disposition steht, etwa wenn die freie gesellschaftspolitische Betätigung gemeinnütziger Organisationen in Abrede gestellt wird (Deutscher Bundestag 2025; Montag 2025; Strachwitz 2025).

1.2 Staatlicher Institutionentransfer und gesellschaftliche Institutionenbildung

Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, ob sich in den neuen Bundesländern, exemplarisch in Sachsen, nach über drei Jahrzehnten staatlichen Institutionentrans-

¹ Unser besonderer Dank gilt Tim Sydlik und Louis Wolfradt für die fortdauernde langjährige Diskussionsbereitschaft sowie Johanna Spieth für die sorgfältige redaktionelle Durchsicht der Erstfassung unseres Beitrags.

fers und gesellschaftlicher Institutionenbildung (Angerhausen et al. 1998; Backhaus-Maul/Speth 2020) in den Vorstellungen von Expert:innen organisierten Engagements aus unterschiedlichen Engagementfeldern Facetten oder sogar Konturen von Zivilgesellschaft abzeichnen. Die Beantwortung dieser Frage wiederum lässt Rückschlüsse darauf zu, wie leistungsfähig und resilient organisiertes Engagement angesichts gesellschaftlicher Spannungen ist und sein kann.

Das Datenmaterial wurde mit leitfadenbasierten und teilstandardisierten Expert:inneninterviews in zwei Erhebungswellen jeweils im ersten Quartal der Jahre 2020 und 2024 erhoben und anschließend inhaltsanalytisch ausgewertet (siehe Kap. 1.6). Die Expert:inneninterviews wurden durch die Analyse thematisch einschlägiger Dokumente aus Print- und digitalen Medien sowie durch themenspezifische Hintergrundgespräche ergänzt.

Im Ergebnis – so viel sei vorab angedeutet – lassen sich anhand des empirischen Materials drei Gruppen im organisierten Engagement herausarbeiten, von denen nur eine ihre Vorstellungen von Engagement zivilgesellschaftlich konnotiert, während die anderen beiden Gruppen ihr Engagement als Erfüllung eines staatlichen oder kommunalen Auftrags verstehen. Ein Verständnis von organisiertem Engagement, das sich in der Erfüllung staatlicher oder kommunaler Aufgaben erschöpft, negiert das eigensinnige zivilgesellschaftliche Potenzial organisierten Engagements, das auf Mitentscheidung und Mitgestaltung von Gesellschaft ausgelegt ist und gesellschaftlicher Polarisierung entgegenwirken und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann.

1.3 Imitation oder „Sozialexperiment“?

Eine erste Interpretationsrichtung bietet der organisationssoziologisch gehaltvolle Begriff der „imitativen Transformation“ (Kollmorgen et al. 2015): Im gesellschaftlichen Transformationsprozess wurde in den neuen Bundesländern die institutionelle Struktur der alten Bundesrepublik ohne entsprechende sozialkulturelle Verankerung schlicht imitiert, nachgebaut und letztlich „implantiert“. Der Institutionentransfer wurde als staatliche Aufgabe verstanden, die unweigerlich eben auch Abstoßungsreaktionen hervorrufen kann, während der vergleichsweise langsam und bottom-up verlaufende Prozess der gesellschaftlichen Institutionenbildung bisweilen aus dem Blick geriet. Dieser Prozess der gesellschaftlichen Institutionenbildung in Ostdeutschland gleicht einem „Sozialexperiment“ (Offe 1994), das institutionelle Innovationen – wohlgeordnet ohne Garantieverprechen – zumindest in Aussicht stellt.

1.4 Ausgangsbedingungen organisierten Engagements

Das individuelle Engagement von Bürger:innen, die Organisation des Engagements und die Konfiguration einer Zivilgesellschaft erfolgen in Sachsen im Spannungsfeld von staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung (Angerhausen et al. 1998; Backhaus-Maul/Speth 2020; Lehmbruch 1993; Meuschel 1992; Offe 1994; Pollack 1990):

- In der DDR war ein freiwilliges und selbstbestimmtes Engagement von Bürger:innen nicht oder nur in eng begrenzten Nischen, etwa der evangelischen Kirche, möglich,
- staatlich unabhängige Engagementorganisationen waren verboten und konnten dementsprechend auch nicht existieren und
- eine Zivilgesellschaft als kritisches Gegenüber des Staates widersprach der Staatsdoktrin des DDR-Regimes und war folglich weder vorgesehen noch erlaubt.

Erst mit dem Zerfall der DDR und deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland konnten sich Engagement und Engagementorganisationen im Spannungsfeld von staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung entwickeln. So wurden einerseits Engagementorganisationen sowie entsprechende rechtlich-administrative Bedingungen und öffentliche Förderprogramme von West- nach Ostdeutschland übertragen und andererseits entwickelten sich mit dem Zerfall der DDR und der Entstehung von fragilen Bürgerbewegungen (Wielgoß/Schulz 1992) im Prozess der gesellschaftlichen Institutionenbildung Ansätze von eigenständigen Engagementvorstellungen und selbstorganisierten Engagementstrukturen in den damals noch neuen Bundesländern (Angerhausen et al. 1998; Backhaus-Maul et al. 2003).

Als Zwischenergebnis von staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung ist festzuhalten, dass im innerdeutschen Vergleich betrachtet die Engagementquote in Ostdeutschland nach wie vor etwas niedriger ausfällt und dass die Anzahl der Engagementorganisationen in Ostdeutschland vergleichsweise gering und deren Dichte relativ weitmaschig ist. So weist Sachsen im bundesweiten Vergleich mit 35,2 % mittlerweile eine zumindest durchschnittliche Quote Engagierter an der Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahren auf (Fritzsche et al. 2025: 46), während die erklärte Bereitschaft, sich zu engagieren, in Sachsen unterdurchschnittlich ausfällt (Holtmann et al. 2023). Betrachtet man die Struktur des organisierten Engagements in Ostdeutschland, so wird deutlich, dass wesentliche intermediäre Organisationen, wie Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen, in Ostdeutschland relativ schwach ausgeprägt sind: So hatten im Jahr 2025 in Deutschland von 435 Bürgerstiftungen nur 36² und von 480 Freiwilligenagenturen nur 64³ ihren Sitz in Ostdeutschland. Das organisierte Engagement in Ostdeutschland weist neben diesen quantitativen Merkmalen besondere qualitative Ausprägungen auf (Haubner et al. 2020; Olk/Gensicke 2014; Speck et al. 2024), d. h. eine

- erhöhte Arbeitsmarktnähe und Erwerbsorientierung,
- geringe Ressourcenausstattung und -mobilisierung,
- schwache Mitgliederbasis und -bindung sowie
- Interessen- und gesellschaftspolitische Zurückhaltung.

² Stiftung Aktive Bürgerschaft (2025): Report Bürgerstiftungen, Berlin; <https://www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungen-in-zahlen/>, Zugriff am 21.05.2026.

³ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (2025): Agenturatlant; <https://bagfa.de/agenturatlant>, Zugriff am 21.05.2026.

1.5 Zivilgesellschaftliche Handlungslogiken und Handlungspraxen

Das organisierte Engagement ist ein Kernelement des Konzepts von Zivilgesellschaft in der liberalen repräsentativen Demokratie. In der Vergangenheit wurde in Deutschland Zivilgesellschaft als ein Bereich, Sektor oder System zwischen Staat, Markt und Familien mit einer eigenen Handlungslogik konzipiert (Hutter/Priemer 2025; Schröder 2025). Die anfänglichen Versuche einer Negativbestimmung von Zivilgesellschaft als Nicht-Staat, Nicht-Markt und Nicht-Familie erwiesen sich letztlich als inhaltsleer und wissenschaftlich nicht tragfähig (Anheier et al. 1997), während handlungstheoretische Ansätze einen substanziellen Zugang zum Verständnis von Zivilgesellschaft eröffnen. So arbeitet Jürgen Kocka folgende Elemente einer Handlungslogik und Handlungspraxis von Zivilgesellschaft heraus:

1. „individuelle Selbständigkeit und gesellschaftliche Selbstorganisation“,
2. „Diskurse, Bewegungen, Konflikte und Verständigungen im öffentlichen Raum, und damit die prinzipielle Anerkennung von Vielfalt und Differenz als legitim. Protest und Konflikte gehören dazu, aber ohne Gewalt“ und
3. „zivilgesellschaftliches Handeln, (das, d. A.) zwar von dem jeweils eigenen, spezifischen, partikularen Interesse und entsprechenden Erfahrungen ausgeht (diese nicht negiert), aber doch zugleich darüber hinauszielt: auf allgemeine Dinge, auf die *res publica*, auf das allgemeine Wohl, so Unterschiedliches die unterschiedlichen Akteure auch in der Regel unter dem Allgemeinwohl verstehen“ (Kocka 2006: 133).

Zivilgesellschaftliches Handeln gründet in einer Handlungslogik und Handlungspraxis, die auf Eigenständigkeit und Selbstorganisation, Konflikt und Konsens sowie Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung basiert. Die diesem Beitrag zugrundeliegende empirische Studie ist darauf ausgelegt, diese zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis anhand von qualitativen Expert:inneninterviews mit Führungs- und Leitungskräften in allen relevanten Handlungsfeldern des organisierten Engagements zu rekonstruieren.

1.6 Anlage der Untersuchung

Für die empirische Untersuchung der Entwicklung des organisierten Engagements angesichts von gesellschaftlichen Spannungen und Polarisierungen bietet sich das Bundesland Sachsen geradezu an. In Sachsen haben sich im innerdeutschen Vergleich betrachtet rechtspopulistische und -radikale Akteure früher und schneller entwickelt und etabliert als in anderen Bundesländern. So gründeten sich in Sachsen bereits im Jahr 2013 der Landesverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und 2014 die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA). Die AfD war bei der Landtagswahl im Jahr 2024 mit 34 % der Stimmen zweitstärkste Partei⁴ und bei der Bundestagswahl (2025)

⁴ <https://wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2024-wahlergebnisse.php>, Zugriff am 25.02.2025.

mit 38,5 % der Stimmen sogar die stärkste Partei in Sachsen.⁵ Das Bundesland Sachsen bietet sich in Ostdeutschland zudem aufgrund der relativen Spannbreite zwischen großstädtischen und ländlich-peripheren Räumen für eine Vergleichsuntersuchung geradezu an. Forschungspragmatisch sprach zudem für die Auswahl der Bundeslandes Sachsen, dass aufgrund langjähriger Kooperationen mit Praxisexpert:innen und -organisationen in Sachsen sowie der Unterstützung durch die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, selbst unter den erschwerten Bedingungen der Covid-19-Pandemie, ein uneingeschränkter und umfänglicher Feldzugang möglich war.

Bei den im Folgenden präsentierten Befunden handelt es sich um ausgewählte Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojektes über die Entwicklung und den Stand des organisierten Engagements in Sachsen (Backhaus-Maul et al. 2021). Das Forschungsprojekt wurde mit fachlicher, finanzieller und organisationaler Unterstützung der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung sowie mit Eigenmitteln der Forscher:innen durchgeführt. In der Untersuchung wurde die thematische und organisationale Vielfalt des Engagements auf Kommunal- und Landesebene untersucht. Die Erhebung umfasst 1) 55 offene leitfadengestützte Expert:inneninterviews, 2) Dokumente von Engagementorganisationen und öffentlichen Verwaltungen sowie 3) rund zwei Dutzend Hintergrundgespräche zur Situation des organisierten Engagements in Sachsen. Die Expert:inneninterviews wurden mit ausgewählten Führungs- und auch thematisch einschlägigen Leitungskräften in Engagementorganisationen in den verschiedenen Handlungsfeldern und auch von Verwaltung und Politik auf Kommunal- und Landesebene geführt. Die Expert:inneninterviews erstrecken sich über alle engagementrelevanten Handlungsfelder von Katastrophenschutz, Rettungswesen und Feuerwehr über Sport und Soziales sowie Migration und Flucht bis hin zu Kultur und Heimat und berücksichtigen auch die thematisch zuständigen Akteure in Verwaltung und Politik. Auf Seiten der Landesverwaltung wurden Vertreter:innen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie des Justizministeriums interviewt. Auf kommunaler Ebene wurden Expert:inneninterviews mit Vertreter:innen der Kommunalverwaltung in einer kreisfreien und zwei kreisangehörigen Städten in Sachsen, d. h. im großstädtischen Leipzig sowie im ländlich-städtischen Bautzen und Reichenbach, geführt. Diese Auswahl der Untersuchungsregionen begründet sich heuristisch damit, dass sie einen größtmöglichen – sozialen, politischen und wirtschaftlichen – Kontrast auf kommunaler Ebene in Sachsen abbildet.

Die Erhebungen wurden in je einer Welle während und nach der Covid-19-Pandemie, d. h. jeweils im ersten Quartal des Jahres 2020 und des Jahres 2024, durchgeführt. Die zweite Erhebungswelle sollte einerseits möglichen Effekten der Pandemie Rechnung tragen und andererseits mittelfristige Entwicklungen im organisierten Engagement aufzeigen. Insgesamt wurden für die Studie 55 Expert:innen mit leitfadenbasierten und teilstandardisierten Interviews im Durch-

⁵ <https://www.wahlen.sachsen.de/bundestagswahlen-2025-wahlergebnisse.php>, Zugriff am 25.02.2025.

schnitt rund eine Stunde zu ihren Vorstellungen, Handlungspraxen, Erfahrungen und Erkenntnissen sowie den von Politik und Verwaltung gesetzten Rahmenbedingungen für organisiertes Engagement in Sachsen befragt. Die Expert:inneninterviews wurden anschließend transkribiert, anonymisiert⁶ und inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Analysekategorien wurden induktiv aus dem Material entwickelt und erstrecken sich von Engagementvorstellungen und Handlungspraxen, über Aufgaben und Probleme und politisch-administrative Rahmenbedingungen bis hin zu perspektivischen Fragen des Engagements. Ergänzt wurden die Expert:inneninterviews durch rund zwei Dutzend vertiefende Hintergrundgespräche zu spezifischen Einzelaspekten der Studie, wie etwa organisationale Probleme und Entwicklungen, kommunal- und landespolitische Bedingungen, Rechtspopulismus und -radikalismus sowie gesellschaftspolitische Bedeutung organisierten Engagements.

Im Folgenden werden anhand der empirischen Befunde die Engagementvorstellungen von Führungs- und Leitungskräften im organisierten Engagement herausgearbeitet (2.). Der Beitrag schließt mit einer Erörterung der forschungsleitenden Frage, ob und inwiefern sich in der Handlungslogik und Handlungspraxis der interviewten Expert:innen des organisierten Engagements in Sachsen Vorstellungen von gesellschaftlicher Mitentscheidung und Mitgestaltung zeigen und Konturen einer Zivilgesellschaft andeuten (3.).

2 Organisiertes Engagement in Sachsen – ausgewählte empirische Befunde

2.1 Vorstellungen von Engagement

Alle Expert:inneninterviews wurden mit einer offenen, erzählgenerierenden Eingangsfrage eröffnet. Die interviewten Expert:innen wurden gebeten, ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Kenntnisse zum aktuellen Stand des organisierten Engagements in ihren jeweiligen Engagementfeld und Sozialraum zu schildern. Den in der Eingangsfrage von den Interviewer:innen verwandten allgemeinen Begriff des Engagements haben die Interviewten fast einhellig durch den Begriff „Ehrenamt“⁷ ersetzt und konkretisiert:

- „Ehrenamt ist Ehrenamt. Also wenn ich kein Geld für eine Sache kriege und das ehrenamtlich mache, ist das Ehrenamt.“
- Aber Ehrenamt ist nicht mit „Vereinsförderung“ gleichzusetzen, sondern „die Person individuell“ sollte in den Blick genommen werden.
- „Ehrenamt ist Engagement, aber nicht jedes Engagement ist Ehrenamt.“
- Wenn sich jemand „hinstellt und einen Kuchenbasar

macht. Das ist für mich Engagement“; aber wer „Schatzmeister, oder Kassenwart ist, (...) Verantwortung für den Haushalt eines Sportvereins übernimmt und nach Bürgerlichem Gesetzbuch dann auch haftbar gemacht werden kann“, ist ehrenamtlich engagiert.

So erweist sich in Sachsen ehrenamtliches Engagement als ein allgemeingültiger, umfassender und traditionsreicher Begriff zur Benennung von Engagement, der sich einem zeitgemäßen Engagementverständnis zufolge sowohl aus persönlichem Eigennutz als auch gesellschaftlichen Zielsetzungen speist und sich durch die Dauerhaftigkeit eines Ehrenamtes⁸ von einem schlichten einmaligen Engagement („ist noch kein Ehrenamt“) unterscheidet.

Inhaltsanalytisch lassen sich aus dem empirischen Material – mit Blick auf eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis – die drei folgenden Varianten ehrenamtlichen Engagements herausarbeiten.

Ehrenamtliches Engagement im staatlichen Auftrag

Das ehrenamtliche Engagement im Katastrophenschutz, im Rettungsdienst und in der Freiwilligen Feuerwehr wird von interviewten Expertinnen zusammenfassend als „Blaulicht-Ehrenamt“ bezeichnet. In diesem Handlungsbereich wird das Engagement maßgeblich von Kreisverbänden des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), örtlichen Freiwilligen Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk (THW) geleistet. Bei den Kreisverbänden des DRK und den lokalen Freiwilligen Feuerwehren handelt es sich um rechtlich eigenständige Vereine mit einer entsprechenden Handlungsautonomie. Davon ist das THW zu unterscheiden, das von interviewten Expertinnen als „Bundesanstalt“ beziehungsweise „Bundesbehörde“ bezeichnet wird, die im staatlichen Auftrag im Katastrophenschutz tätig ist.

Das Engagement im Katastrophenschutz wird von Interviewten als personell, fachlich und zeitlich voraussetzungs- und anspruchsvoll beschrieben, da der Ausbildungsweg lang und der Ausbildungsstandard hoch ist, die Bedingungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingehalten werden müssen und eine bestimmte Mindestanzahl an Dienststunden nachzuweisen ist. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann man nach Aussage einer interviewten Expertin die Engagierten als „einsatzbefähigte Helfer“ einstufen. Unter diesen Bedingungen ist das Engagement im „Blaulicht-Ehrenamt“ in erster Linie auf die ordnungsgemäße Erfüllung einer staatlichen Aufgabe gerichtet.

„Das sind übrigens Leute, die sich wirklich nicht engagieren, weil die einfach an Zivilgesellschaft glauben, (...) die haben ganz andere Identitätstreiber. Das sind Menschen,

⁸ Ehrenamtliches Engagement bedeutete in der Vergangenheit, etwas Gutes für andere zu tun, ohne damit erkennbar eigene Interessen zu verbinden (Sachße 2000). Diese traditionelle Bezeichnung ehrenamtlichen Engagements hat vor dem Hintergrund des aktuellen Fachdiskurses über Engagement eine grundlegende Modifikation erfahren, indem – unter Verweis auf öffentliche Aufgaben – die Verfolgung persönlicher Eigeninteressen als zeitgemäß und legitim angesehen wird (Simonson et al. 2022).

die eigentlich schon immer gerne so im Sicherheitsbereich (...) für den Staat (tätig geworden wären, d. A.).“

Die hohen Zugangsvoraussetzungen und die große Verantwortung prägen den Gemeinschafts- und Kameradschaftsgeist im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst von DRK, Freiwilligen Feuerwehren und THW.

„Warum ist man in der Freiwilligen Feuerwehr? (Um, d. A.) anderen in der Not zu helfen, das ist ja ein sehr anerkanntes Merkmal und was aber auch dazu beiträgt, ist die Kameradschaft innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr. Man fährt nicht bloß zum Einsatz, sondern man erlebt auch kulturelle Dinge miteinander. Und es ist auch ein zutiefst befriedigendes Gefühl im Einsatz in gefährlichen Situationen sich blind auf den Nebenmann verlassen zu können. Also das ist so die Hauptmotivation bei unseren Freiwilligen Feuerwehren. Und (...) man muss sich vor Augen führen, dass da jemand in seiner Freizeit für andere zum Einsatz kommt. Gegebenenfalls auch seine Gesundheit oder sein Leben gar riskiert.“

Ehrenamtliches Engagement in der kommunalen Daseinsvorsorge

Ehrenamtliches Engagement auf kommunaler Ebene ist nach Aussagen der Mehrzahl der interviewten Expertinnen nicht auf die Erfüllung einer abstrakten öffentlichen Aufgabe ausgerichtet, sondern in der Regel auf Bedarfe im lokalen Sozialraum, d. h. die Nachbarschaft, die Gemeinde, den Landkreis oder die Stadt.

Dieses Ehrenamt bedeutet, *„gemeinwohlorientiert arbeiten, aber trotzdem gehört zum Ehrenamt immer Engagement, weil man eben Zeit investiert, seine eigenen Kompetenzen investiert, um sozusagen für andere, mit anderen gemeinsam etwas zu tun. Und das unbezahlt und freiwillig und ja, vielleicht für ein bisschen Wertschätzung.“*

Es geht darum, so eine interviewte Expertin, dass sich *„Leute (...) umeinander kümmern. Das funktioniert in Familienstrukturen gut. Das funktioniert auch in Nachbarschaften gut.“*

Das Aufgabenspektrum dieser Variante ehrenamtlichen Engagements erstreckt sich auf alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, d. h. von Kultur über Soziales bis hin zum Sport, und erfordert dementsprechend eine relative Verlässlichkeit der Engagierten und eine Beständigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Folglich kommt in dieser Variante ehrenamtlichen Engagements der Kontinuität individuellen Engagements und der organisationalen Verortung in einem Verein hohe Bedeutung zu.

„Also Ehrenamt ist für mich schon nochmal klar, ich bin an einen Verein gebunden, ich bin dort aktiv eingetreten, also ich bin dort Mitglied. Ich habe dementsprechend auch meine Rechte und Pflichten.“

Gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement

Aus dem Interviewmaterial lässt sich eine dritte Variante ehrenamtlichen Engagements herauskristallisieren, die weder als Erbringung einer staatlichen noch einer kommunalen Aufgabe verstanden wird, sondern sich explizit „aus der Gesellschaft heraus“ mit Anspruch auf gesellschaftliche Mitentscheidung und Mitgestaltung präsentiert. In den Expert:inneninterviews wird diese Variante ehrenamtlichen Engagements entweder als bürgerschaftliches, zivilgesellschaftliches oder gesellschaftliches Engagement bezeichnet und von einer vergleichsweise kleinen Gruppe der Interviewten eher im großstädtischen als im städtisch-ländlichen Raum vertreten. Diese dezidiert gesellschaftliche Variante ehrenamtlichen Engagements ist für die Rekonstruktion der hier interessierenden zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis, d. h. von Eigenständigkeit, Verhandlungsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung, von besonderer Bedeutung und wird im Folgenden anhand des empirischen Materials ausführlicher dargestellt.

2.2 Gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement: Facetten einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis

Demokratie und Engagement

Im gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagement wird der Zusammenhang zwischen Demokratie und Engagement in den Mittelpunkt gerückt:

„Bürgergesellschaft für meine Begriffe braucht diesen Eigensinn und diese Eigendynamik, um sich in die gesellschaftliche Debatte auch einzubringen. Um sich letztlich mit Erscheinungen auch, die jetzt vielleicht nicht gefallen (...) auseinanderzusetzen. Und wenn man eine motivierte Bürgerschaft hat, die auch bis dato Dinge diskutiert hat und gesehen hat und tätig ist auf gewissen Feldern, die wird dem ganz anders begegnen können, hat eine ganz andere Durchsetzungskraft, auch eine ganz andere, als jetzt vom Staat verordnet oder angeordnet.“

Entscheidend ist nach Meinung einer interviewten Expertin die Fähigkeit und Bereitschaft *„über den Tellerrand zu gucken“*. *„Also für mich hängen Engagement und Demokratie und Zivilgesellschaft, eine engagierte Zivilgesellschaft, alles sehr eng miteinander zusammen.“*

„Wir sind Bürger dieses Landes (...) und das ist ja das Wunderbare an der Demokratie, wir haben wirklich die Möglichkeit uns einzubringen und unsere Meinung zu sagen. Und jeder Bürger, egal, es gibt eigentlich nicht Bürger erster, zweiter Klasse. Wir sind Bürger. Und das muss man aber auch immer wieder mit vermitteln.“

Es kommt, so eine Interviewte, darauf an, dass gesellschaftlich ehrenamtlich Engagierte verstehen, *„dass sie sich meinungsbildend, laut äußern müssen. Sozusagen die Vorbildrolle übernehmen müssen. Wenn sie das verstanden haben, dann gelingt es ihnen, sich zu positionieren, laut zu werden, das öffentlich zu tun.“*

⁶ Die im Beitrag wiedergegebenen Interviewpassagen sind anonymisiert und werden zur besseren Lesbarkeit durchgängig in der weiblichen Form als Äußerungen einer interviewten Expertin oder von interviewten Expertinnen bezeichnet.

⁷ Die in diesem Kapitel mit doppelten Anführungszeichen versehenen Zitate sind den Interviewtranskripten entnommen; auf anonymisierte Kürzel zur Kennzeichnung der Interviewsequenzen wurde verzichtet.

Pluralisierung, Polarisierung oder Spaltung?

In den Expert:inneninterviews wird von Vertreter:innen der Vorstellung eines gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements ein politisch pluralistisches Engagementverständnis postuliert, das gerade wegen divergierender Vorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt, da „Engagement wesentlich zusammenführt, selbst wenn sich die einen bei den Grünen engagiert haben und die anderen bei der CDU.“ Eine politisch pluralistische Vorstellung von gesellschaftlichem Engagement steht – so einige Interviewte – aber auch vor der Aufgabe, einen Umgang mit engagierten Bürger:innen aus dem rechtspopulistischen und rechtsradikalen politischen Spektrum zu finden:

„Gutes Engagement? Schlechtes Engagement? Also ich sage mal, die Menschen, die sich für Rechts engagieren, die engagieren sich auch. Und gerade im ländlichen Raum ist das ein ganz großes Problem, dass gerade die in diese ganzen Lücken springen. Null Infrastruktur, null Unterhaltung und Freizeitmöglichkeiten. (...) Wir stehen insgesamt als Demokratie vor einer großen Herausforderung. Und das spiegelt sich im Engagement und gerade in der Zivilgesellschaft auch wider.“

Ob und inwiefern Engagierte aus dem rechtspopulistischen und rechtsradikalen politischen Spektrum dem organisierten Engagement zugeordnet werden können, ist für die Interviewten eine offene Frage, deren Beantwortung aussteht:

„Wir sind Deutschland-Organisationen, also die hier die Montags-Demonstrationen gemacht haben. (...) Aber rein vom Phänomen her ist es bürgerliches Engagement. Wir haben hier nur das erste Mal die Situation, dass dieses bürgerschaftliche Engagement als entscheidenden Nebeneffekt auch eine Spaltung der Gesellschaft hervorruft, weil es möglicherweise gar nicht darauf angelegt ist, gemeinsam (...) etwas zu bewirken, weil mit dem klaren Artikulieren der eigenen Meinung, der eigenen Sicht immer verbunden ist ein ganz dezidiertes Abwerten anderer Sichtweisen, anderer Lebensarten, anderer Meinungen. Das hatten wir so bisher in dieser Härte bisher noch nicht.“

Dem gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagement kommt – in öffentlichen Auseinandersetzungen – eine meinungsbildende und gesellschaftsgestaltende Funktion zu, indem für „Formen der demokratischen Beteiligung und Entscheidungsfindung geworben wird und gesellschaftliche Veränderungen als positiv bewertet werden“:

Gesellschaftliches Engagement ist vor allem auch deshalb wichtig, weil das andere „Milieu hat ja einen unglaublich hohen Aktivitätsgrad“ und ist darauf ausgerichtet „auf dem Bewährten zu verharren und darauf zu hoffen, dass sich möglichst wenig verändert (...), bis hin zu dieser starken Aussage: Naja, das war doch schon immer so. Bis jetzt war es doch ganz o. k.“ Dieses „andere“ Milieu „sind ja sehr, sehr viele Menschen, die sich massiv dafür einsetzen, dass sich möglichst wenig verändert. Oder eben der Rückzug, Protestwahl oder kompletter Rückzug, noch nicht mal mehr wählen zu gehen.“

Soziale Schließung oder Öffnung?

Einige interviewte Expertinnen beurteilen den Beitrag gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements zur sozialen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durchaus kritisch, da es „so ein bisschen eine Art Exklusivität hat“. So würden sich insbesondere diejenigen engagieren, „die gut ausgebildet sind und besser“:

Es sind nach Aussage einer interviewten Expertin „immer wieder die gleichen Personen. Das ist jetzt auch mal nicht per se schlimm, aber es entwickelt sich so eine Art Berufsbürgertum, wenn man das so sagen darf. Man weiß dann schon, also, wenn man die zwanzigste Sitzung mit denen gemacht hat, weiß man dann schon an einem Stichpunkt, jetzt kommt der und jetzt kommt der und der nimmt Bezug darauf. Man hat in gewisser Weise so ein Szenario schon. (...). Das ist auch in Ordnung, weil die haben eine hohe Kompetenz aufgebaut über die Jahre. Die haben den ganzen Prozess verfolgt. Dann sind die als Bürger da, aber natürlich mit einer solch hohen Kompetenz. Deshalb meine ich Berufsbürger, weil die machen das quasi zu ihrem Beruf oder auch zu ihrer Berufung.“

Vor diesem Hintergrund empfiehlt eine interviewte Expertin eine soziale Öffnung gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements „für die, denen es nicht so gut geht, das aufzubrechen. Das, denke ich, sollte Ehrenamt tun, wenn es schon der Rest der Gesellschaft nicht kann“.

Selbstbewusste Bürger:innen – unterstützender Staat

Dem Staat wird in der Perspektive gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements eine nachrangige, helfende und unterstützende Funktion zugewiesen:

Gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement „ist natürlich eine Sache, die neben dem Staat steht erstmal. Und ich sehe und halte es auch für notwendig, dass auch gewisse Reibereien sein müssen, weil natürlich eine Bürgergesellschaft hat Interessen. Und aus den Schichten heraus, aus den Lebenserfahrungen entstehen Wünsche oder man ist unzufrieden, und man will vielleicht etwas bewegen.“

„Wir machen das für uns. Für uns Menschen machen wir das. Der Staat ist doch nur meine Organisationshilfe dafür.“ Konkret sieht die interviewte Expertin die staatliche Hilfe etwa in der Schaffung von „Ehrenamtsbörsen (...), das sind benötigte (...) brauchbare Vehikel“ zur Unterstützung gesellschaftlich ehrenamtlich Engagierter.

In diesem Zusammenhang erwartet die Mehrzahl der befragten Vertreterinnen eines gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements keine direkte staatliche oder kommunale Steuerung und Koordination des Engagements, sondern vereinfachte bürokratische Rahmenbedingungen, eine förderpolitische und infrastrukturelle Unterstützung sowie zeitgemäße Formen der Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.

2.3 Varianten ehrenamtlichen Engagements bilanziert

Die interviewten Expertinnen bezeichnen und beschreiben ihr Engagement durchgehend als Ehrenamt oder ehrenamtliches Engagement. Der Begriff des Ehrenamtes wird in Sachsen von den im organisierten Engagement interviewten Expert:innen als selbstverständlich und anerkannt vertreten. Die vertiefende Analyse des empirischen Materials bringt aber deutliche Unterschiede im Begriffsverständnis zum Ausdruck, so dass sich anhand des empirischen Materials drei Varianten ehrenamtlichen Engagements herausarbeiten lassen:

- ehrenamtliches Engagement im staatlichen Auftrag,
- ehrenamtliches Engagement in der kommunalen Daseinsvorsorge und
- gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement.

Die beiden erstgenannten Varianten ehrenamtlichen Engagements, d. h. im staatlichen Auftrag und in der kommunalen Daseinsvorsorge, dominieren rein quantitativ in den Expert:inneninterviews auf Kommunal- und Landesebene. Ehrenamtliches Engagement wird von den jeweiligen Vertreter:innen als Erfüllung einer vorgegebenen und notwendigen Aufgabe verstanden. Beide Varianten ehrenamtlichen Engagements orientieren sich an den rechtlichen und administrativen Vorgaben staatlicher und kommunaler Aufgaben und fügen sich in bestehende formale Organisationsstrukturen ein, ohne dass ein Anspruch auf gesellschaftliches Mitentscheiden und Mitgestalten formuliert wird.

Von diesen beiden Varianten ehrenamtlichen Engagements ist eine dritte Variante zu unterscheiden, die ehrenamtliches Engagement dezidiert gesellschaftlich konnotiert und in der eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis zum Ausdruck kommen. In diesem gesellschaftlichen Verständnis bedeutet ehrenamtliches Engagement, dass

- das Eigeninteresse von Engagierten mit einem Gesellschaftsbezug verknüpft wird,
- die Organisation des Engagements gering formalisiert, stark selbstorganisiert und netzwerkartig angelegt ist,
- die Möglichkeit zur politischen Partizipation von den Engagierten in den von ihnen selbst gewählten Angelegenheiten erwartet wird und
- dass Dissens und Konflikt in gesellschaftlichen Angelegenheiten selbstverständlich sind.

In diesem gesellschaftlichen Verständnis von ehrenamtlichen Engagement zeigt sich eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis, die auf Eigenständigkeit und Selbstorganisation, Konflikt und Konsens sowie Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung basiert. In einem gesellschaftlichen Verständnis von ehrenamtlichen Engagement – so eine interviewte Expertin – sollten selbstverständlich gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen gesucht werden, Dissens benannt, Konflikte eingegangen, Verhandlungen geführt und Kompromisse angestrebt werden. Im Ergebnis sollte gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement – so eine interviewte Expertin – zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

und nicht zur gesellschaftlichen Polarisierung und Zersetzung beitragen.

Festzuhalten ist, dass die Mehrzahl der interviewten Expertinnen ihr Engagement als Ehrenamt zur Erfüllung von staatlichen oder kommunalen Aufgaben versteht. Dabei lassen sich in beiden – in Sachsen dominanten – Varianten ehrenamtlichen Engagements (im staatlichen Auftrag und in der kommunalen Daseinsvorsorge) keine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis identifizieren. Nur die vergleichsweise kleine Gruppe der interviewten Expertinnen, die ihr ehrenamtliches Engagement als dezidiert gesellschaftlich versteht, verweist in ihren Vorstellungen von Engagement auf eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis. Insofern überrascht es auch nicht, dass die Mehrzahl der interviewten Expertinnen Engagement in je spezifischen Handlungsfeldern verortet, ohne dabei wechselseitige und handlungsfeldübergreifende Zusammenhänge zu identifizieren oder herzustellen. In der Gesamtschau der in den Expert:inneninterviews präsentierten Engagementvorstellungen wird somit deutlich, dass es im organisierten Engagement in Sachsen keine von allen kollektiv geteilte Vorstellung von sich als Teil einer Zivilgesellschaft gibt.

3 Organisiertes Engagement im Spannungsfeld zwischen staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung

3.1 Nachwirkungen staatlichen Institutionentransfers

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurden die institutionellen Grundstrukturen der alten Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer übertragen. Im Zuge eines staatlichen Institutionentransfers können zwar formale Strukturen von Institutionen im Sinne einer imitativen Transformation sukzessiv adaptiert werden, aber deren sozialkulturelle Grundlagen, wie „[s]oziale Netzwerke, kulturelle Normen und eingelebte Verhaltensmuster, die die Akzeptanz und das Sinnverstehen von Institutionen erst ermöglichen“ (Angerhausen et al. 1998: 15), entwickeln sich erst mittel- und langfristig. So weisen beispielsweise auch nach über drei Jahrzehnten die deutschlandweit bekannten Parteien und Verbände, die im Zuge des Institutionentransfers von West nach Ostdeutschland übertragen wurden, in Ostdeutschland immer noch eine relativ schwache personelle, finanzielle und machtpolitische Ressourcenbasis auf. Die assoziative Schwäche vieler Organisationen wird in niedrigen Mitgliederzahlen und schwacher Mitgliederbindung überdeutlich. Dieser Befund ist letztlich nicht überraschend, denn es fehlten im Jahr 1990 die sozialkulturellen Grundlagen des organisierten Engagements, die nicht einfach „übertragen“ werden können, sondern im Sinne eines gesellschaftlichen Institutionenbildungsprozesses erst entstehen und sich entwickeln müssen. Die Ungleichzeitigkeit von „schnellem“ staatlichen Institutionentransfer und „langsamen“ gesellschaftlichem Institutionenbildungsprozess hat für das organisierte Engagement zur Folge, dass nach wie vor die entsprechenden

sozialkulturellen Voraussetzungen und Grundlagen in Ostdeutschland nicht überall einfach als gegeben vorausgesetzt werden können.

Auch nach über drei Jahrzehnten unterscheiden sich die sozialkulturellen Grundlagen im innerdeutschen Vergleich signifikant. Im Hinblick auf das organisierte Engagement in Ostdeutschland, so auch in Sachsen, sind die politischen Wertvorstellungen und Einstellungen sowie Handlungs- und Deutungsmuster hervorzuheben, die für eine demokratische Gesellschaft konstitutiv sind. In den alten Bundesländern konnten sich diese sozialkulturellen Grundlagen über Jahrzehnte entwickeln, was in Einstellungen und Handlungsweisen von Bürger:innen einerseits sowie von politischen und administrativen Akteuren andererseits zum Ausdruck kommt. Seit dem Zerfall und Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland entwickeln sich die sozialkulturellen Grundlagen im neuen Deutschland relativ eigensinnig, eigenständig, verschiedenartig und vor allem anders, als es die Politik des staatlichen Institutionentransfers und der imitativen Transformation (Kollmorgen et al. 2015; Mau 2024) mit Annahmen von einer schlichten Assimilation nahegelegt haben. Demgegenüber ist es in einer modernen Gesellschaft erwartbar, dass es zu einer eigenständigen und regional ausdifferenzierten Entwicklung des organisierten Engagements kommt (Backhaus-Maul/Speth 2020; Ebert 2018; Gabriel/Neller 2010; Haubner et al. 2020). Und in der Tat ließen sich anhand der Gruppe der sich gesellschaftlich verstehenden ehrenamtlich Engagierten Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis, wie etwa Prozesse der Selbstorganisation, die Fähigkeit zur Auseinandersetzung und Kompromissbildung sowie die Balance zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung, herausarbeiten. Wohlgemerkt handelt es sich bei den gesellschaftlich ehrenamtlich Engagierten um eine relativ kleine Gruppe des organisierten Engagements, in deren Handlungslogik und Handlungspraxis sich Konturen eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses andeuten.

In den 1990er Jahren waren die weitreichenden und tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse, d. h. die gleichzeitige Veränderung von Demokratie, Marktwirtschaft und Nationalstaat (Offe 1994), dominant und ließen Ansätze und Entwicklungen des organisierten Engagements in den Hintergrund treten. Erschwerend kam in dieser Zeit hinzu, dass das organisierte Engagement jahrelang zum staatlich geförderten Ersatzarbeitsmarkt wurde, um die hohe Erwerbslosigkeit infolge des Zusammenbruchs der Wirtschaft in Ostdeutschland durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abzufedern. Das organisierte Engagement wurde so vorrangig zum arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsfeld und zugleich – folgenreich für das Selbstverständnis und die Ressourcenausstattung des organisierten Engagements – zum Appendix staatlicher Förderpolitik und administrativen Handelns, was die Herausbildung einer eigenen zivilgesellschaftlichen Handlungspraxis und Handlungslogik erschwerte.

3.2 (Förder-)politische, rechtliche und administrative Bedingungen

Damit stellt sich die Frage, wie es zu erklären ist, dass eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis nach über drei Jahrzehnten staatlichem Institutionentransfer und gesellschaftlicher Institutionenbildung in Ostdeutschland nur in der relativ kleinen Gruppe gesellschaftlich ehrenamtlich Engagierter Verbreitung gefunden hat? Eine wichtige Begründung hierfür ist darin zu sehen, dass sich die Politik des staatlichen Institutionentransfers und Prozesse der gesellschaftlichen Institutionenbildung unter spezifischen administrativen und politischen Bedingungen auf Landes- und Kommunalebene in Sachsen vollzogen haben. Dabei eröffnen und beschränken die (förder-)politischen und administrativen Bedingungen auf Landes- und Kommunalebene eines Bundeslandes zugleich die Entwicklungsoptionen organisierten Engagements.

Überforderung

In den Expert:inneninterviews sind die (förder-)politischen sowie rechtlich-administrativen Anforderungen an Engagementorganisationen ein wiederkehrendes Thema, das nach Aussagen Interviewter in den vergangenen Jahren an Bedeutung weiter zugenommen hat. Nachweis- und Berichtspflichten, Transparenzanforderungen, Evaluationen und Wirkungsnachweise, gesundheitstechnische und hygienische Maßnahmen sowie datenschutzrechtliche Regelungen werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Nicht zuletzt sind die förderrechtlichen Anforderungen für die Beantragung, die Verwendung und die Abrechnung von öffentlichen Zuwendungen gestiegen.

„Was man (...) manchen alles beibringen muss. Gerade wenn ich an die EU-Förderung, die Landesförderung denke.“

Die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel ist für Engagementorganisationen mit Risiken behaftet, etwa dann, wenn Förderzusagen mit restriktiven Auflagen versehen sind oder es bei der Förderung zu zeitlichen Verzögerungen kommt:

„Das heißt, wenn ich über Jahreszuwendungen, die unterjährig kommen, wenn sie denn kommen, beschäftigt bin, permanent unter ja finanziellen Unsicherheiten arbeite und Unklarheiten, ob es denn weiterlaufen wird, dann sorgt das für eine Schwäche, weil ich mich stark mit dem Selbsterhalt beschäftigen muss und weniger mit dem eigentlichen Thema.“

Die öffentliche Förderung des Engagements in Sachsen erfordert Organisationsstrukturen

„mit Beratung, mit Fördermittelakquise und so weiter in allen Fragen. [Das] erleichtert den Weg in die Verwaltung. Weil ja Finanzierung oder Unterstützung des Ehrenamtes über ganz viele Bereiche (...) verteilt ist. Und jemand, der, sage ich mal, das das erste Mal macht und will Fördermittel beantragen, der weiß gar nicht, wo er sich hinwenden soll. Ob Sportamt, Kulturamt, Sozialamt, Umweltamt (...)“.

Die interviewten Expertinnen sehen in den gestiegenen rechtlich-administrativen Anforderungen nicht nur, aber vor allem für kleine Vereine eine Überforderung:

Die „Fördermittelpraxis, die Abrechnung. Das ist alles sehr aufwendig geworden. Und der Trend ist auch da, dass mehr Bürokratie wird als eher weniger. Und da ist natürlich weniger Bereitschaft und viele, es gibt auch welche, kleineren Vereine, die fühlen sich einfach überfordert auch manchmal mit den Dingen.“

Da das organisierte Engagement in der Regel von ehrenamtlichen Vorständen geführt wird, kann es in Engagementorganisationen zu Überforderungen kommen, denn die Beantragung, Inanspruchnahme und Abrechnung öffentlicher Mittel erfordern professionelle Beratung und Unterstützung. So haben sich im organisierten Engagement darauf spezialisierte Beratungsstrukturen gebildet. Der organisierte Sport hat regionale Beratungseinrichtungen aufgebaut, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens unterhält eine eigene Ehrenamtsakademie und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben dafür eigene Personalstellen eingerichtet. Für die rechtlich-administrativen Bedarfe des organisierten Engagements insbesondere im ländlich-städtischen Raum wurde mit dem Sächsischen Landeskuratorium Ländlicher Raum eigens ein Verein gegründet, der den wachsenden rechtlich-administrativen Beratungsbedarf insbesondere kleiner Vereine und verbandsunabhängiger Organisationen decken soll. Letztlich – so die Mehrzahl der interviewten Expertinnen – geht es ihnen nicht um die Ersetzung ehrenamtlicher durch hauptamtliche Führungskräfte, sondern im Sinne einer Entbürokratisierung um die Vereinfachung der rechtlich-administrativen Anforderungen an organisiertes Engagement. In dieser Handlungspraxis des organisierten Engagements zeigt sich – im Sinne einer Institutionenbildung in einzelnen Engagementfeldern, wie etwa Soziales und Sport – das Bemühen, das eigene organisationale Handeln zu koordinieren und zu professionalisieren. Gleichwohl ist die Handlungspraxis nicht darauf ausgerichtet, Engagementfelder übergreifend organisiertes Handeln zu koordinieren und zu professionalisieren

Ressortierte Förderpolitiken

Auch nach über drei Jahrzehnten ist das organisierte Engagement in Ostdeutschland, so auch in Sachsen, nach wie vor existenziell auf öffentliche Förderung angewiesen. Angesichts der Heterogenität des organisierten Engagements sowie der ausdifferenzierten Zuständigkeiten in der öffentlichen Förderung liegen keine verlässlichen Daten über öffentliche Förderquoten im organisierten Engagement vor. In den Expert:inneninterviews wird aber einhellig von den Interviewten zum Ausdruck gebracht, dass ihre jeweilige Engagementorganisation ohne öffentliche Förderung bei zumeist unzureichenden Eigenmitteln im Bestand gefährdet wäre.

Die öffentliche Förderung des organisierten Engagements ist seitens der Landesregierung und der untersuchten Kommunen grundsätzlich politisch gewollt. Die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Förderung hat erhebliche Auswirkungen auf den Prozess der Institutionenbildung im

organisierten Engagement. Oder wie es eine interviewte Expertin formulierte: „Geld ist ein absolutes Druckmittel natürlich, weil bei uns hängen Existenzen daran“.

In Sachsen folgt die öffentliche Förderung des organisierten Engagements dem Ressortprinzip der Landesregierung, d. h. einer Aufteilung entsprechend ministerieller Zuständigkeiten beziehungsweise „Säulen“:

„In dem Moment, wo es kein Querschnittshandeln in der Verwaltung gibt, kann ich das auf der Nonprofit-Ebene natürlich auch schlecht abbilden oder verlangen, ne. Das ist genau richtig. Wir haben ja diese Säulenstrukturen. Also jeder König hat sein kleines Königreich und sein Topf, aus dem er heraus wirtschaften kann. (...) Aber, wenn es ums Geld geht, da hört ja die Freundschaft zwischen den (lacht), zwischen den Säulen doch ganz schnell auf.“

Eine interviewte Expertin aus dem organisierten Sport konkretisiert diesen Sachverhalt:

„Das heißt, Sie müssen sich auch natürlich der ministerialen Logik oder sozusagen anpassen?“ „[Antragslyrik] ist das zum Teil. (lacht) Ja, oder auch jetzt haben wir ja in Sachsen durch die Wahlen neue Ministerien bekommen. (...) Also wirklich das, was vorhin noch nicht, es gibt jetzt ein Kulturministerium. Es gibt den Kultus. Das ist wiederum etwas Anderes. Es gibt ein Kulturministerium. Und da muss man natürlich sagen auch immer wieder, vorher war der Sport mal beim Kultus angesiedelt. Dann hat man sich also mit dem Kultusministerium irgendwann beschäftigt gehabt (...). Und jetzt muss man, dann seit 2014 sind wir plötzlich beim Innenministerium. So und manchmal sind die handelnden Personen die gleichen. Häufiger Weise erklärst du aber die Ursuppe wieder.“

Die öffentliche Förderung des organisierten Engagements ist entsprechend der ministeriellen Zuständigkeiten „zersplittert“. Von einer landespolitisch abgestimmten Förderung des organisierten Engagements kann in Sachsen nicht die Rede sein, sondern allenfalls von „negativer Koordination“ (Scharpf 1993). Erst seit einigen wenigen Jahren gibt es auf Seiten der Landesregierung – unter Federführung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – überhaupt das Bestreben, durch die Schaffung einer Engagementstiftung Anreize für eine gemeinsame Handlungspraxis im organisierten Engagement in Sachsen zu stiften.

Aber auch auf Seiten des organisierten Engagements selbst sind keine landesweiten, Engagementfelder übergreifenden Aktivitäten zur Selbstorganisation und -koordination feststellbar. Vielmehr sieht sich das organisierte Engagement nach Einschätzung interviewter Expertinnen dem Problem gegenüber, dass der „öffentliche Fördermitteltopf“ bei steigenden Begehrlichkeiten nicht mehr wächst, so dass Verteilungskonflikte unvermeidbar sind:

„Der Kuchen ist ja begrenzt, ja. Jetzt müsste ich eigentlich (...) den Kuchen neu aufteilen. Da haben die, die am Napf sitzen, erstmal schon nicht unbedingt ein Interesse dran.“

Dabei ist Lobbyarbeit zur Erlangung öffentlicher Fördermittel notwendig. So verweist eine interviewte Expertin auf das

„permanente eigentlich In-Kontakt-Sein mit seinem eigenen, gewählten Volksvertreter. Je weiter der Weg ist, umso schwieriger. Gerade die Bundestagsabgeordneten, die sind nur zwei, drei Mal im Monat dann vor Ort. Dann muss man das wissen. Wo hat der überhaupt sein Büro? Wie kriege ich da einen Termin? Also solche Sachen auch wirklich zu können und routiniert zu machen, das passiert in den kleineren Organisationen eher gar nicht. Und bei den Großen, wo wir jetzt mal so Verbändestrukturen haben (...), dann gehört es irgendwie zum kleinen Einmaleins, dass dann die Wege einfach klar sind, wer mit wem redet.“

In diesen Verteilungskonflikten sind – so interviewte Expertinnen – die Ausgangsbedingungen und Erfolgsaussichten höchst ungleich verteilt. Die Bedeutung von Verbandsgröße und professioneller Lobbyarbeit verdeutlicht eine interviewte Expertin am Beispiel des Sports:

Der organisierte Sport hat aktuell „politisch betrachtet in Sachsen einen guten Stand, (...) wenn nicht sogar den besten“ und „was ja unser Geldgeber ist, das Innenministerium. Ich gebe jetzt mal die Schulnote, und das ist die 1. Also das kann man wirklich so deutlich sagen. Es ist ein hervorragendes Miteinander, man kann auch fast sagen, auf Augenhöhe. Und es ist seit Jahren immer wieder mehr Geld in den sächsischen Sport geflossen. Und ich denke, das ist auch Ausdruck der hervorragenden Arbeit unserer Vereine. Und mit dem Ministerium läuft das außerordentlich gut, das kann man nicht anders sagen.“

Dilemma organisierten Engagements

Die öffentliche Förderung von Engagement und Engagementorganisationen unter bisweilen restriktiven rechtlich-administrativen Bedingungen hat – nicht frei von Ironie – zur Folge, dass sich im organisierten Engagement in der Kritik an einer „Bürokratisierung“ des Engagements ein ambivalenter Aspekt einer kollektiv geteilten Vorstellung von organisiertem Engagement zeigt:

„Das gemeinsame Elend ist schon vorhanden. Das fängt bei einer gewissen, also bei dem Frust über Bürokratie fängt es an.“

In der Art und Weise der öffentlichen Förderung wird das Dilemma des organisierten Engagements in Sachsen überdeutlich: Die Politik des Institutionentransfers ist seit den 1990er Jahren darauf ausgerichtet worden, mittels rechtlicher und politischer Steuerung sowie öffentlicher Zuwendungen und Leistungsentgelte, den Aufbau des organisierten Engagements nach „westdeutschem Muster“ in den neuen Bundesländern zu fördern. Im Ergebnis besteht nach nunmehr über drei Jahrzehnten in Sachsen zwar namentlich das in etwa gleiche Spektrum an Engagementorganisationen wie in vergleichbaren alten Bundesländern. Bei genauer Betrachtung aber handelt es sich bei der Mehrzahl der Engagementorganisationen zumeist um ressourcenschwache Organisationen ohne tiefgehende sozialkulturelle Veranke-

rung, hinreichende eigene Ressourcenausstattung und nennenswerte Mitgliederzahlen. Hinzu kommt, dass viele dieser zumeist ehrenamtlich geführten Engagementorganisationen von öffentlicher Förderung abhängig und von rechtlich-administrativen Bedingungen überfordert sind. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das zentrale Dilemma des organisierten Engagements – nicht nur – in Sachsen: Einerseits ist das organisierte Engagement aufgrund der nach wie vor geringen eigenen Ressourcen auch nach über drei Jahrzehnten immer noch existenziell auf eine öffentliche Förderung angewiesen, die mit förderpolitischen Direktiven einhergeht, andererseits können sich auf dieser Grundlage nur schwer eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis ausbilden, die auf Eigenständigkeit und Selbstorganisation, Konflikt und Konsens sowie Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung basieren. Die förderpolitischen, rechtlichen und administrativen Bedingungen in Sachsen haben zur Folge, dass das organisierte Engagement entsprechend ministerieller Förderprogramme und Zuständigkeiten separiert wird und sich auch selbst parzelliert.

3.3 Veränderte politische Bedingungen und diffundierender Rechtspopulismus

Der Prozess der gesellschaftlichen Institutionenbildung verläuft im organisierten Engagement in Sachsen unter ungünstigen gesellschaftspolitischen Bedingungen. So wies der Freiwilligensurvey (Simonson et al. 2022) für Sachsen in der Vergangenheit eine relativ niedrige Engagementquote aus und der Sachsen-Monitor 2023 identifizierte eine „deutlich erkennbare [...] Verschlechterung der Stimmungslage im Freistaat“ (Das Institut für Markt- und Politikforschung 2024: 10), insbesondere ein zunehmendes Misstrauen gegenüber staatlichen Organisationen und demokratischen Institutionen. So sind rechtspopulistische Vorstellungen (Manow 2018), demzufolge es keine Meinungsfreiheit geben würde, die Politiker:innen das Volk absichtsvoll belügen und betrügen, wir in keiner echten Demokratie leben und es kaum noch Möglichkeiten geben würde, politisch Einfluss zu nehmen, weitverbreitet. Angesichts dieses Weltverständnisses überrascht es nicht, wenn die Mehrheit der Bürger:innen laut Sachsen-Monitor (Das Institut für Markt- und Politikforschung 2024) die Meinung vertritt, dass es besser sei, den Mehrheitswillen des Volkes auch gegen Gerichte, Parlamente und Verfassung durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund nehmen einige interviewte Expertinnen erhebliche Veränderungen in der politischen Bewertung von Teilen des organisierten Engagements in der ersten Erhebungswelle (2020) und verstärkt in der zweiten Erhebungswelle (2024) wahr. So wird ihres Erachtens Engagement in der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten, im Sport und in Heimatvereinen zunehmend positiv bewertet, während „linkes Gedöns“ vermehrt auf Ablehnung stößt. Eine interviewte Expertin meint im Jahr 2024 vorausschauend:

„Es steht ja in Aussicht, dass eine Partei die Mehrheit der Stimmen bekommt, die explizit Naturschutz und Klimaschutz und auch eine solche Form von gesellschaftlichem Engagement ablehnt.“

Eine andere interviewte Expertin meint mit Blick auf die Landtagswahl im September 2024:

„Wenn im Herbst die AfD (...) tatsächlich so stark ist, dass sie in eine Regierungsbeteiligung kommt und sagt, wir geben dem Sport zehn Millionen mehr.“ Wenn etwa Fördermittel von „Demokratieprojekten“ auf den Sport umverteilt werden würden, fragt eine interviewte Expertin, „darf ich dann als Organisation sagen, möchte ich nicht? Was sagen denn dann die Vereine, wenn die das mitbekommen, weil das Geld geht ja nicht an uns, sondern wir geben das Geld in die Vereine, zurück in die Strukturen, wie soll ich denn denen das dann erklären?“

Das organisierte Engagement befindet sich angesichts dieser gesellschaftlichen Stimmungslage „unter Druck“. So fordert die Alternative für Deutschland (AfD), Sport und Ehrenamt in Vereinen zu stärken und weniger Geld für „ideologisch fragwürdige Projekte aus dem Fenster zu werfen“⁹, was wiederum Befürchtungen über Mittelkürzungen in anderen Teilen des organisierten Engagements weckt, die sich explizit gegen Rechtspopulismus und -radikalismus positionieren und sich für eine liberale repräsentative Demokratie aussprechen. Und im organisierten Sport wird das Erstarken von Rechtspopulismus und -radikalismus von Interviewten und Gesprächspartner:innen als Problem wahrgenommen: Rechtspopulistisches und -radikales Gedankengut diffundiert in die Welt der Sportvereine, die eben auch ein Abbild der lokalen Gesellschaft sind, so die Einschätzung von Interviewten.

Das organisierte Engagement ist eben auch Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen: Wenn rechtspopulistische und -radikalen Positionen mancherorts bereits mehrheitsfähig sind, entstehen Zonen der Indifferenz, in denen diese Positionen selbstverständlich auch in das organisierte Engagement diffundieren. Die Ressourcenschwäche, das gering ausgeprägte Selbstverständnis und die gesellschaftspolitische Enthaltsamkeit des organisierten Engagements haben unfreiwillig zur Folge, dass im öffentlichen Raum mancherorts ein Vakuum besteht, das in zumindest teilweise von rechtspopulistischen und -radikalen Akteuren besetzt wird.

Insgesamt betrachtet fällt in den Expert:inneninterviews auf, dass das Thema Rechtspopulismus und -radikalismus von der überwiegenden Mehrzahl der Interviewten nicht selbst thematisiert wird, sondern allenfalls auf Nachfrage der Interviewer:innen behandelt wird, wobei vor allem auf lokaler Ebene davon auszugehen ist, dass rechtspopulistische Vorstellungen ins organisierte Engagement diffundieren und dort auch vertreten werden, zumal die Protagonist:innen dieser Positionen – so Steffen Mau – „massiv in die Ehrenämter drängen“ (2024: 52).

3.4 Konturen einer Zivilgesellschaft?

Die von Steffen Mau für Ostdeutschland konstatierte „zivilgesellschaftliche Formschwäche“ (2024: 51) zeigt sich auch in den Analysen der Expert:inneninterviews, Dokumente und Hintergrundgespräche, denen zufolge es im organisier-

ten Engagement in Sachsen keine von allen kollektiv geteilte Vorstellung von Zivilgesellschaft gibt. Freiwillige Feuerwehren, soziokulturelle Zentren, Sportvereine, kirchliche Gruppen und Nachbarschaftsinitiativen – um nur einige Akteure des organisieren Engagements beispielhaft zu nennen – basieren nicht auf einer gemeinsamen Handlungslogik und Handlungspraxis. Hinzu kommt, dass politische Akteure des rechten politischen Parteienspektrums zwischen einem „nützlichen“ Engagement, insbesondere in Feuerwehren, Technischem Hilfswerk, Rettungsdiensten und Sportorganisationen einerseits und einem politischen Engagement in Initiativgruppen und Bewegungen andererseits unterscheiden. Sowohl von außen vorgenommene Unterscheidungen und Zuweisungen als auch eigene Organisationsschwächen können Spannungen induzieren, die die Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis auch zukünftig erschweren.

Die empirischen Befunde machen deutlich, dass das organisierte Engagement in Sachsen durch eine starke Abhängigkeit von staatlicher und kommunaler Förderung geprägt ist, während allenfalls Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis in der nur relativ kleinen Gruppe gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements festzustellen sind. Die organisationale Schwäche und die gesellschaftspolitische Enthaltsamkeit des organisierten Engagements lassen Entscheidungs- und Handlungsspielräume für Politik und Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene offen, deren Handeln oftmals einem traditionellen Verständnis von Ehrenamt als „Politik und Verwaltung nachgeordnete Organisationen zur Erbringung öffentlicher Aufgaben“ entspricht. So ist in Sachsen das organisierte Engagement vor allem in staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen stark ausgeprägt, während ein sich dezidiert als gesellschaftlich verstehendes Engagement mit einer zivilgesellschaftlichen Handlungslogik und Handlungspraxis im Vergleich dazu eine vergleichsweise geringere Bedeutung hat. Unter diesen Bedingungen können Politik und Verwaltungen ihre Präferenzen in der staatlichen und kommunalen Engagementförderung relativ leicht durchsetzen. Unter den von außen vorgegebenen (förder-)politischen, rechtlichen und administrativen Bedingungen, aber auch in der Eigenverantwortung des organisierten Engagements selbst, haben sich so keine das organisierte Engagement umfassende, Engagementfelder übergreifende Handlungslogik und Handlungspraxis als Ansatz zu einer wie auch immer gearteten Vorstellung von Zivilgesellschaft herausgebildet.

Faktisch hat das organisierte Engagement in Sachsen kaum Macht und Einfluss, um einer Polarisierung von Gesellschaft und Bestrebungen zur Zersetzung von Demokratie etwas entgegenzusetzen: Das organisierte Engagement ist in Sachsen weder „Kitt der Gesellschaft“ (Putnam 2001), noch ein machtpolitischer Faktor. Dazu fehlen dem organisierten Engagement in Sachsen vor allem ein kollektiv geteiltes Verständnis von sich selbst als organisiertem Engagement und Zivilgesellschaft (Gille et al. 2024; Strachwitz et al. 2020). Damit verdeutlichen die empirischen Befunde, dass das organisierte Engagement in Sachsen nicht die Bedeutung hat, die ihm aktuell zugeschrieben wird. Vom organisierten Engage-

⁹ <https://afdsachsen.de/ehrenamt-und-breitensport-foerdern-statt-ideologische-projekte/>, Zugriff am 17.03.2025.

ment in Sachsen selbst geht mehrheitlich nicht die Zielsetzung aus, eine gesellschaftsgestaltende Kraft sein zu wollen. Die für demokratische Gesellschaften existenziellen Kontroversen und Konflikte werden vom organisierten Engagement weder initiiert noch geführt. Steffen Mau diagnostiziert vielmehr mit Blick auf engagierte Bürger:innen „Gefühle der Hilflosigkeit und der politischen Marginalisierung“ (2024: 110), die auch in den empirischen Befunden dieser Studie deutlich werden.

Gleichwohl ist festzuhalten ist, dass sich die Engagementquote engagierter Bürger:innen in Sachsen mittlerweile an den Durchschnittswert aller Bundesländer angeglichen hat und das sich auf organisationaler Ebene das in Deutschland namentlich übliche Spektrum organisierten Engagements – wenn auch mit relativ wenigen Mitgliedern und vergleichsweise geringen Ressourcen – herausgebildet hat. Die empirischen Befunde über das organisierte Engagement in Sachsen legen es aber nahe, keine hohen Erwartungen an eine wie auch immer geartete Zivilgesellschaft zu formulieren, den der Prozess des staatlichen Institutionentransfers prägt nach wie vor das organisierte Engagement in Sachsen in seiner Funktion als Leistungserbringer in staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen. Demgegenüber haben sich auch nach über drei Jahrzehnten gesellschaftlicher Institutionenbildung im organisierten Engagement in Sachsen nur ansatzweise eine zivilgesellschaftliche Handlungslogik und Handlungspraxis ausgebildet, die auf Selbstorganisation und Eigenständigkeit, der Fähigkeit zur Auseinandersetzung und Kompromissbildung sowie der Balance zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung basieren. So ist das organisierte Engagement in Sachsen auch nach über drei Jahrzehnten gesellschaftlicher Institutionenbildung immer noch nach Engagementfeldern separiert und eine alle Handlungsfelder umfassende, kollektiv geteilte Vorstellung von Zivilgesellschaft mit einer gemeinsamen Handlungslogik und Handlungspraxis existiert im organisierten Engagement in Sachsen nicht. Konturen einer Zivilgesellschaft in Form organisierten Engagements zeichnen sich allenfalls rudimentär in der Gruppe gesellschaftlich ehrenamtlich Engagierter ab, was die Frage aufwirft, wie leistungsfähig und resilient organisiertes Engagement in Sachsen denn überhaupt angesichts gesellschaftlicher Spannungen ist und sein kann.

4 Literaturverzeichnis

- Adloff, Frank. 2005. *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Angerhausen, Susanne, Holger Backhaus-Maul, Claus Offe, Thomas Olk und Martina Schiebel. 1998. *Überholen ohne Einzuholen - Freie Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Anheier, Helmut K., Eckhard Priller, Wolfgang Seibel und Annette Zimmer. Hrsg. 1997. *Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*. Berlin: edition sigma.
- Backhaus-Maul, Holger; Olaf Ebert, Gisela Jakob und Thomas Olk. Hrsg. 2003. *Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven*. Opladen: Leske und Budrich.
- Backhaus-Maul, Holger, Lina Hehl, Rudolf Speth, Tim Sydlik und Louis Wolfradt. 2021. Organisiertes Engagement in Sachsen. Eine explorative qualitative Studie. In: *Engagement in Sachsen. Wofür sich Menschen einsetzen und welchen Rahmen es braucht*, hrsg. v. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, 43-87. Dresden: Landeszentrale für politische Bildung.
- Backhaus-Maul, Holger, Karsten Speck, Miriam Hörnlein und Maud Krohn. 2015. *Engagement in der Freien Wohlfahrtspflege. Empirische Befunde aus der Terra incognita eines Spitzenverbandes*. Wiesbaden: Springer VS.
- Backhaus-Maul, Holger und Rudolf Speth. 2020. *Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47178/buergerschaftliches-engagement-und-zivilgesellschaftliche-organisationen-in-deutschland/>. (Zugriff am: 14.02.2025)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2024. *Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2026. Zivilgesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 76 (13).
- Cohen, Jean L. und Andrew Arato. 1994. *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Das Institut für Markt- und Politikforschung (dimap). 2024. *Ergebnisbericht. Sachsen-Monitor 2023*. Dresden: Sächsische Staatskanzlei.
- Deutscher Bundestag. 2025. *Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen*. Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. BT-Drucksache 20/15035.
- Ebert, Olaf. 2018. Engagiert für Demokratie – Herausforderung und Perspektiven in Ostdeutschland. *Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement* 24/2018.

- Forst, Rainer. 2020. Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In: *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*, hrsg. v. Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell, 41-53. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Fritzsche, Anne, Ingo Leven, Anna Rysina, Ulrich Schneekloth und Sabine Wolfert. 2025. *Freiwilliges Engagement in Deutschland Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys*. Berlin: Bundeskanzleramt.
- Gabriel, Oscar W. und Katja Neller. 2010: Bürger und Politik in Deutschland. In: *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik*, hrsg. von Oscar W. Gabriel und Fritz Plasser, 57-146. Baden-Baden: Nomos.
- Gille, Christoph, Andrea Walter, Hartmut Brombach, Benjamin Haas und Nicole Vetter, Nicole. Hrsg. 2024. *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste: Handbuch*. Baden-Baden: Nomos.
- Gosewinkel, Dieter und Sven Reichardt, Sven. Hrsg. 2004. *Ambivalenzen der Zivilgesellschaft: Gegenbegriffe, Gewalt und Macht*, Discussion Paper 2004-501. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Haubner, Tine, Silke van Dyk und Laura Boemke. 2020. „Im Westen nichts Neues, im Osten noch selten“? Freiwilliges Engagement im Spannungsfeld von Nachwende-Erbe und neuen Herausforderungen. *Voluntaris* 8 (1): 57–72.
- Höhne, Thomas. 2015. *Ökonomisierung und Bildung. Zu den Formen ökonomischer Rationalisierung im Feld der Bildung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Holtmann, Everhard, Tobias Jaeck und Odette Wohlleben. 2023. *Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hutter, Sven und Jana Priemer. 2026. Wer oder was ist die Zivilgesellschaft? Wandel, Konflikte und demokratische Ambivalenzen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 76 (13): 4–9.
- Klein, Ansgar, Thomas Olk und Birger Hartnuß. 2010. Engagementpolitik als Politikfeld. Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, hrsg. von Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß, 24-59. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kocka, Jürgen. 2006. Zivilgesellschaft und soziale Ungleichheit aus historischer Perspektive. In: *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München*, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, 131–143. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Köcher, Renate. 2022. Wie gespalten ist Deutschland? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.7.2022.
- Kollmorgen, Raj, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener. Hrsg. 2015. *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kumkar, Nils C. 2025. *Polarisierung*. Berlin: Suhrkamp.

- Kumkar, Nils C. und Uwe Schimank. 2025. Gesellschaftliche Polarisierungen und soziologische Positionierungen: Theoretische Reflexionen erhellenden Widerstreits. *Soziologie* 54(1): 7–33.
- Lehmbruch, Gerhard. 1998. Zwischen Institutionentransfer und Eigendynamik: Sektorale Transformationspfade und ihre Bestimmungsgründe. In: *Transformationspfade in Ostdeutschland: Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik*, hrsg. v. Roland Czada und Gerhard Lehmbruch, 17–57. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Lessenich, Stephan und Frank Nullmeier. Hrsg. 2006. *Deutschland – eine gesplante Gesellschaft*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Manow, Philip. 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip. 2018. *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen. 2024. *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser. 2023. *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Meuschel, Sigrid. 1992. *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Montag, Tobias. 2025. Staatliche Förderung der Zivilgesellschaft: Zeit für einen Neustart. In: *Monitor-Demokratie*, hrsg. v. Konrad-Adenauer-Stiftung, Heft 4.
- Offe, Claus. 1994. Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in Central and Eastern Europe. In: *The Political Economy of Transformation*, hrsg. v. Hans-Jürgen Wagener, 25–43. Heidelberg: Physica-Verlag
- Offe, Claus. 1994. Die deutsche Vereinigung als natürliches Experiment. In: *Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, von Claus Offe, 43–56. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Olk, Thomas und Thomas Gensicke. 2014. *Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland: Stand und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pollack, Detlef. 2025. *Große Versprechen. Die westliche Moderne in Zeiten der globalen Krise*. München: C. H. Beck.
- Pollack, Detlef. 1990. Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. *Zeitschrift für Soziologie* 19(4): 292–307.
- Putnam, Robert D. 2000. *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.
- Putnam, Robert D. Hrsg. 2001. *Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

- Sachße, Christoph. 2000. Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive. In: *Engagierte Bürgerschaft*, hrsg. v. Annette Zimmer und Stephan Nährlich, 75–88. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Hrsg. 2021. *Engagement in Sachsen: Wofür sich Menschen einsetzen und welchen Rahmen es braucht*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Scharpf, Fritz W. 1993. Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen. In: *Policy-Analyse. Sonderheft der Politischen Vierteljahrsschrift*, hrsg. v. Adrienne Héritier. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schröder, Wolfgang. 2025. Zwischen Eigensinn und Abhängigkeit: Zur Rolle der Zivilgesellschaft im politischen System Deutschlands. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 76(13): 25–32.
- Schubert, Peter, David Kuhn und Birthe Tahmaz. 2023a. *ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken*. Essen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.
- Schubert, Peter, David Kuhn und Birthe Tahmaz. 2023b. *Zivilgesellschaftliche Organisationen in Sachsen: Ergebnisse aus dem ZiviZ-Survey*. Berlin: ZiviZ im Stifterverband.
- Simonson, Julia, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer. Hrsg. 2022. *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Speck, Karsten, Holger Backhaus-Maul, Tobias Kemnitzer, Christine Sattler und Lara Stauvermann. 2024. Freiwilligenagenturen in Deutschland: Ausgewählte empirische Befunde der quantitativen Langzeituntersuchung. In: *Wandel durch und im Engagement? Voluntas Sonderband*, hrsg. v. Jörn Fischer, Christoph Gille, Benjamin Haas, Vivian Schachler, Gianna Scharnberg und Julia Schlicht, 137–151. Baden-Baden: Nomos.
- Strachwitz, Rupert. 2025. *Vorwürfe gegen die Zivilgesellschaft in Deutschland*. Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.
- Strachwitz, Rupert, Eckhard Priller und Benjamin Triebe. 2020. *Handbuch Zivilgesellschaft*. Berlin: De Gruyter.
- Zimmer, Annette. 2024. Zivilgesellschaft: Ein multidimensionales Konzept und ambitioniertes Projekt. In: *Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste: Handbuch*, hrsg. v. Christoph Gille, Andrea Walter, Hartmut Brombach, Benjamin Haas und Nicole Vetter, 25–38. Baden-Baden: Nomos.
- Wielgoß, Jan und Marianne Schulz. 1992. Von der illegalen Opposition in die legale Marginalität: Zur Entwicklung der Binnenstrukturen der ostdeutschen Bürgerbewegung. *Berliner Journal für Soziologie* 2(3): 119–128 und 2(4): 383–392.